



RSB Oberhausen

Gegen Aufrüstung und Krieg – NATO abschaffen!

P.S.

Alljährlich im Februar finden sich in München die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Machteliten vor allem aus den NATO-Staaten zusammen, um darüber zu befinden, auf welche Weise sie ihre weltweite Vorherrschaft aufrecht erhalten wollen. So debattieren sie über Regimewechsel und Militärinterventionen, über die Kontrolle der Energieressourcen und über geostrategische Interessen. Sie nennen diese Veranstaltung NATO-Sicherheits-Konferenz, aber die Sicherheit, die sie meinen, ist die Sicherheit der KapitaleignerInnen, der Mächtigen der Welt. Für viele Millionen Menschen bedeutet ihre Sicherheit jedoch die Vernichtung ihrer Existenzgrundlage durch wirtschaftliche und ökologische Katastrophen und Krieg. Tausende fallen jedes Jahr dem europäischen Grenzregime zum Opfer und kommen auf der Flucht ums Leben.

Ebenfalls alljährlich ruft ein breites Bündnis von linken Organisationen und GewerkschafterInnen zu Protesten gegen dieses Spektakel auf.

Der RSB Oberhausen hat sich an der



Demonstration gegen die Konferenz des NATO „Joint Air Power Competence Centres“ am 23.11.2015 in Essen beteiligt (siehe Avanti O. Nr. 16) und ruft auch zum Protest gegen die NATO-„Sicherheits“-Konferenz in München auf. Wir sehen diese Konferenzen als Einheit an. Den Aufruf zu den Protesten gegen die NATO-Kriegstagung dokumentieren wir auf der zweiten Seite dieser Ausgabe der Avanti O.

Mit dem Eintritt Deutschlands in den Syrien-Krieg gibt es einen weiteren Grund, sich an der Demonstration gegen die so genannte Sicherheitskonferenz zu beteiligen:

In Anwesenheit der Kriegsstrategen wollen wir gegen die Eskalation des Krieges in Syrien protestieren. Wie alle anderen bisherigen Kriege der NATO bringt auch dieser nur noch mehr Zerstörung, Elend und Tod. Der „IS“, der Daesch, kann letztlich nur politisch wirksam bekämpft werden, indem ihm jegliche Unterstützung entzogen wird – nicht zuletzt von den Menschen, die in der Region leben.

Wir sagen NEIN zur Beteiligung der Bundeswehr am Syrien-Krieg!

Liebe Leserinnen und Leser,

in dieser 17. Ausgabe der Oberhausener Beilage zur Avanti dokumentieren wir den Aufruf gegen die NATO-Kriegskonferenz in München. Auch wir unterstützen den Aufruf und beteiligen uns an den Protesten.

Auf Seite 3 findet Ihr den zweiten Teil des Berichtes über die Veranstaltung mit Nick Brauns zu Nordkurdistan / Türkei in Duisburg. Die Veranstaltung hat im November stattgefunden, das Thema ist aber hochaktuell.

Weiterhin stellen wir Euch unsere neue Webseite vor und berichten über die Luxemburg-Liebkecht-Demonstration am 10. Januar in Berlin.

Wir gedenken unseres Genossen Peter Langos, der Mitte Dezember plötzlich verstorben ist.

Wir wünschen Euch eine spannende Lektüre!

Eure Redaktion

Inhalt	
TITEL	RSB / ERINNERUNG
01 „Gegen Aufrüstung und Krieg– NATO abschaffen“	05 RSB Oberhausen Wir sind wieder online
ANTIMILITARISMUS	05 Linke LL-Demonstration in Berlin
02 Kriegskonferenz Aufruf zur Demonstration gegen die NATO-„Sicherheits“-Konferenz in München	NACHRUF / TERMINE
INTERNATIONAL	06 Nachruf Zur Erinnerung an unseren verstorbenen Genossen Peter Langos
03 Nordkurdistan / Türkei Freiheit hinter Barrikaden, Teil 2	06 Termine

Wir dokumentieren hier den Aufruf zu Protesten gegen die NATO „Sicherheits“-Konferenz am Samstag, 13. Februar 2016, den zahlreiche Gruppen und Einzelpersonen unterzeichnet haben. Auch der RSB Oberhausen unterstützt die Proteste, und wir werden uns an der Gegendemonstration in München beteiligen. Weitere Infos zur „Sicherheits“-Konferenz und den Gegenveranstaltungen findet Ihr unter www.sicherheitskonferenz.de.

Aufruf gegen die NATO-Sicherheitskonferenz 2016

Aufruf zu Protesten gegen die NATO „Sicherheits“-Konferenz am Samstag, 13. Februar 2016 in München.

Gegen Aufrüstung und Krieg – NATO abschaffen
No Justice - No Peace – Ohne Gerechtigkeit gibt es keinen Frieden
Bleiberecht für alle Geflüchteten – Kein Mensch ist illegal

Bei der sogenannten Münchner Sicherheitskonferenz (SIKO) im Februar 2016 versammeln sich die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Machteliten, vor allem aus NATO-Staaten, die Haupt-Verantwortlichen für das Flüchtlingselend, für Krieg, Armut und ökologische Katastrophen. Ihnen geht es nicht um Sicherheit für die Menschen auf dem Globus, sondern um die Aufrechterhaltung ihrer weltweiten Vorherrschaft.

Weltweit sind sechzig Millionen Menschen aus Kriegs- und Armutregionen auf der Flucht, doch nur die wenigsten von ihnen erreichen Europa. Sie fliehen vor den Folgen einer ausbeuterischen Weltordnung, vor Krieg, Zerstörung, Not und Tod.

Solidarität mit allen Geflüchteten

Elend, Zerstörung und massenhafte Flucht sind die dramatischen Folgen der Politik des Westens. Die meisten Geflüchteten kommen aus den durch NATO-Interventionen ins Chaos gestürzten Ländern.

- Die Kriege der NATO-Staaten – Jugoslawien, Afghanistan, Irak und Libyen – haben die Lebensgrundlagen der Menschen in diesen Ländern vernichtet und zum Erstarken des verbrecherischen IS geführt.
- Konflikte und Bürgerkriege werden angeheizt und durch Waffenlieferungen befeuert. Reaktionäre und autoritäre Staaten wie die Türkei, Saudi Arabien und Katar sind Bündnispartner des „Westens“ und werden militärisch hochgerüstet.

NO to NATO

Bei den Kriegen der NATO-Staaten ging und geht es nicht um Verteidigung gegen einen Angriff anderer Staaten. Es geht um Regimewechsel, um die Kontrolle der Energieressourcen und um geostrategische Interessen. Kaum ein Land ist sicher vor „westlichen“ Militärinterventionen, wenn es sich nicht bedingungslos den Spielregeln der imperialistischen Staaten unterwirft.

Nach dem Scheitern der NATO im Irak, in Afghanistan und Libyen wird Russland als Feindbild wiederbelebt und ein brandgefährlicher Konfrontationskurs in Gang gesetzt. Die NATO rückt bis an die Grenzen Russlands vor.

Gegen den NATO-Konfrontationskurs und militärische Aufrüstung

- gegen die Ausweitung der NATO-Militärstützpunkte in osteuropäischen Ländern, zusätzlich zu den rund 800 US-Stützpunkten weltweit,
- gegen die NATO-Raketenabwehr und den Einsatz von Killerdrohnen,
- gegen NATO-Truppenmanöver in der Ukraine und die militärische Aufrüstung Kiews,
- gegen die weitere Verschärfung des Konfliktes in Syrien – für eine politische Lösung,
- Abzug der in Deutschland stationierten US-Atomwaffen – Beendigung der Bundeswehr-Trainingsflüge für den Abwurf der Atomwaffen und Kündigung der Stationierungsverträge,
- Schluss mit militärischer Aufrüstung und allen Waffenexporten,
- Keine Auslandseinsätze der Bundeswehr.

Von deutschem Boden geht nicht Frieden sondern Krieg aus

Deutschland ist einer der weltweit größten Waffenexporteure. Deutschland ist - unter Bruch der Verfassung – die militärische Drehscheibe für die US- und NATO-geführten Aggressionskriege: Über den US-Militärstützpunkt Ramstein werden Militärtransporte der US-Streitkräfte in den Mittleren Osten und nach Afrika abgewickelt und der Einsatz von Killerdrohnen gelenkt, durch die weltweit bereits Tausende Menschen ermordet wurden.

Diese Beihilfe und die Kriegsbeteiligung Deutschlands stehen im Widerspruch zum Friedensgebot des Grundgesetzes und zur Verpflichtung im deutschen Einigungsvertrag (Zwei-plus-Vier-Vertrag, Art. II), „dass von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird.“

TTIP, CETA, TISA dürfen nicht durchkommen

Mit diesen Investorenschutz-Abkommen werden soziale und demokratische Standards abgebaut, alle Lebensbereiche den Profitinteressen der transnationalen Konzerne ausgeliefert und immer größere Armut und weitere Fluchtgründe geschaffen.

Die globale Macht der großen Konzerne, ihre politischen Handlanger und die Kriegsallianz NATO sind eine Bedrohung für die gesamte Menschheit.

Sie zementieren eine Weltordnung, in der das reichste Prozent der Weltbevölkerung im Jahr 2016 mehr besitzen wird als die übrigen 99 Prozent zusammengenommen (OXFAM-Studie, 20. Jan. 2015). Mit ihrer am Profit orientierten Wirtschaftsordnung zerstören sie die Lebens- und Existenzgrundlagen der ganzen Menschheit.

Als Teil einer weltweit wachsenden Widerstandsbewegung treten wir ein für Frieden und Gerechtigkeit in einer Welt ohne Ausbeutung von Menschen und Zerstörung der Natur.

Wir erklären deshalb den auf der SIKO versammelten Machteliten: Ihr und eure Politik seid hier und überall auf der Welt unerwünscht.

Wir rufen auf zum Protest gegen die sogenannte Sicherheitskonferenz am Samstag, 13. Februar 2016 in München

13:00 Uhr: Auftaktkundgebung – Stachus/Karlsplatz

13:45 Uhr: Umzingelung des Tagungsortes der NATO-Kriegs-Strategen Demonstration – über Lenbachplatz, Platz der Opfer des Nationalsozialismus - Odeonsplatz – zum Marienplatz
Protest-Kette – über Neuhauser Str. – Kaufingerstr. – zum Marienplatz

15:00 Uhr: Schlusskundgebung - Marienplatz

AKTIONSBÜNDNIS GEGEN DIE NATO-SICHERHEITSKONFERENZ
Unterstützungs-Erklärung bitte einsenden per E-Mail oder über Webformular:

<http://sicherheitskonferenz.de/Aufruf-Unterstuetzen>

Türkei: Einige Anmerkungen zur aktuellen Lage

Die Veranstaltung mit Nick Brauns, von der wir unten berichten, liegt mittlerweile anderthalb Monate zurück. Das Thema hat jedoch nichts an Aktualität eingebüßt. Im Gegenteil, die Situation hat sich seitdem weiter verschärft:

Unter dem Vorwand, die Türkei bei der Bekämpfung des „IS“ zu unterstützen, stärkt die NATO Erdoğan den Rücken. In diesem Rahmen und mit dieser Begründung beteiligt sich Deutschland inzwischen ebenfalls am Syrienkrieg.

Ungeachtet der schweren Menschenrechtsverletzungen durch das AKP-Regime wird Erdoğan von der EU die Aufgabe zugedacht, Flüchtlinge an der Überschreitung der EU-Außengrenze zu hindern und so von Europa fernzuhalten. Die EU hat Erdoğan drei Milliarden Euro angeboten für die Errichtung von Grenzzäunen und vergleichbare Maßnahmen.

Kritische Worte zum stetig fortschreitenden Demokratieabbau durch die AKP und zu der maßlosen Repression gegen kritische Menschen sind kaum zu vernehmen. Von der deutschen Regierung wird im Gegenteil der Krieg von Erdoğan gegen die kurdische Bevölkerung und das Massaker, dass die türkische Armee aktuell im Südosten der Türkei anrichtet, aktiv unterstützt, indem sie Erdoğan als Partner akzeptiert. Gleichzeitig werden Menschen, die gegen Erdoğan's Politik Widerstand leisten, auch noch von dieser Seite bekämpft. Tatsächliche oder vermeintliche Mitglieder und UnterstützerInnen der ArbeiterInnenpartei Kurdistans (PKK), die sich sowohl dem Daesch als auch dem autoritären, mörderischen Vorgehen von Erdoğan widersetzen, werden in der BRD mit dem Gummiparagrafen 129b als TerroristInnen diffamiert und strafrechtlich verfolgt.

Mitgliedern der revolutionären türkischen Musikgruppe Grup Yorum wurde die Einreise verweigert, als sie für ein Konzert gegen Rassismus am 14.11.2015 nach Oberhausen kommen wollten. Am 28.07. 2015 wurden in Stuttgart gar bei einem 129b-Prozess vier türkische Linke, denen Mitgliedschaft in der DHKP-C (Revolutionäre Volksbefreiungspartei - Front) vorgeworfen wird, zu Haftstrafen zwischen 4 Jahren 9 Monaten und 6 Jahren verurteilt. Die Veranstaltung des Konzerts mit Grup Yorum unter dem Titel „Ein Herz, eine Stimme gegen Rassismus“ am 08.06.2013, an dem etwa 12.000 Menschen teilgenommen hatten, gehörte dabei zu den Hauptvorwürfen.

Es ist eine Aufgabe der fortschrittlichen Kräfte in Deutschland, gegen die Beteiligung von deutschen Soldaten am schmutzigen „Krieg gegen den Terror“ zu protestieren und die Beendigung der Unterstützung Erdoğan's durch die hiesige Regierung zu fordern.

L.M.

Nordkurdistan / Türkei

Freiheit hinter Barrikaden

Bei der vorgezogenen Parlamentswahl in der Türkei am 1. November gewann die AKP, die „Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung“ des amtierenden Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan, die absolute Mehrheit zurück. Der Journalist und Historiker Dr. Nick Brauns hatte in den Wochen vor der Wahl die kurdischen Landesteile der Türkei bereist. Über seine Eindrücke und seine Einschätzung der Lage nach der Wahl berichtete er am 21. November bei einer Veranstaltung, zu der NAV-DEM¹ Duisburg eingeladen hatte.

Teil 2: Der „Friedensprozess“ und die Wahl am 7. Juni 2015

LINDA MARTENS

Zu Beginn gab Nick Brauns den TeilnehmerInnen der Veranstaltung einen Überblick über die Entwicklung der Türkei seit dem Ende der 1990er Jahre – der Zeit, wo die AKP begann, bedeutsam zu werden. Denn erst durch die historische Einordnung der Wahl würden Perspektiven und Handlungsmöglichkeiten für fortschrittliche Kräfte sichtbar werden (siehe *Avanti O. Nr. 16*, Dezember 2015).

Der „Friedensprozess“ ab 2008

Ehe er auf die diesjährigen Wahlen in der Türkei einging, fasste der Referent den Verlauf des so genannten

Friedensprozesses zusammen:

Seit 1984 führten Einheiten der ArbeiterInnenpartei Kurdistans (PKK) in der Türkei einen bewaffneten Befreiungskampf. Zigtausende Menschen – zumeist KurdInnen – wurden in dessen Verlauf getötet, Abdullah Öcalan, Vorsitzender der PKK, wurde verhaftet und ist seit dem 15. Februar 1999 auf der Gefängnisinsel İmralı im Marmarameer inhaftiert.

Bereits 2008 / 2009 hatte es in Oslo Geheimverhandlungen zwischen der türkischen Regierung und der PKK gegeben. 2012 ging die Guerilla in die Offensive. Kurdische politische Gefangene traten massenhaft in den Hungerstreik. Es gelang ihnen durchzusetzen, dass die offiziellen Verhandlungen ab

diesem Zeitpunkt mit dem von ihr gewünschten Verhandlungsführer Abdullah Öcalan geführt wurden.

In den Verhandlungen verfolgte die PKK das Ziel, die kurdische Frage zu lösen, während das Interesse der türkischen Regierung darin bestand, die PKK zu entwaffnen. So spielte die AKP auf Zeit und machte Versprechungen, unternahm aber keine praktischen Schritte, um mit der PKK zu einer Einigung zu kommen.

Zwei Jahre lang gab es zwischen den beiden Parteien keine bewaffneten Auseinandersetzungen. Die PKK räumte ihre Stellungen, und die türkische Regierung errichtete an denselben Orten militärische Stützpunkte. Die PKK baute Strukturen auf, die mit Kommunen ver-

gleichbar waren und organisierte Selbstschutzgruppen.

Während der Verhandlungen konnte Abdullah Öcalan keinen Kontakt zu seinen Leuten aufnehmen. Es gab keine BeobachterInnen im Friedensprozess, also auch keine Kontrolle darüber, dass Absprachen eingehalten wurden.

Am 28. Februar 2015 schien mit dem 10-Punkte-Protokoll der Durchbruch erreicht. Jedoch bereits einen Tag später erklärte Erdoğan das Protokoll für ungültig. Bereits zu diesem Zeitpunkt war der Friedensprozess faktisch beendet: Seit März 2015 gab es keinen Kontakt mehr zwischen Erdoğan und Öcalan.



Die Parlamentswahlen im Juni 2015

Mit diesem Punkt schloss Nick Brauns seine Darstellung von der Entwicklung der Türkei ab und ging dazu über, die heutige Situation zu erläutern:

Um eine Mehrheit für die Parlamentswahlen im Juni 2015 zu gewinnen, orientierte Erdoğan sowohl auf konservative Kurden als auch auf türkische Nationalisten – ein politischer Spagat.

Die 2012 gegründete mehrheitlich kurdische HDP – die Demokratische Partei der Völker – wollte er mit einem Kuhhandel für sich gewinnen. Er machte ihr Zugeständnisse für den Fall, dass die HDP ihre Zustimmung zu einer Verfassungsänderung geben und damit den Weg für eine Präsidialdiktatur frei machen würde. Die HDP wies dieses Ansinnen zurück.

Die AKP reagierte auf die Ablehnung mit Terror gegen die HDP, mit Einschüchterungen und Provokationen. Dennoch erhielt die HDP bei der Wahl am 7. Juni 2015 13 Prozent der Stimmen. Sie war im Vorfeld der Wahl überzeugend als Partei aller demokratischen Kräfte, die für politische und soziale Rechte von Ausgebeuteten und Unterdrückten kämpften, aufgetreten.

Für die AKP bedeutete der Wahlerfolg der HDP eine schwere Schlappe. Sie verlor die absolute Mehrheit. Aus der Sicht von Erdoğan war das Wahlergebnis ein Fehler, der durch Neuwahlen korrigiert werden musste.

Erdoğan's Strategie der Spannung

Um dies zu erreichen, griff er nach der Schilderung des Referenten zu einer Strategie der Spannung:

In den folgenden Monaten schürte Erdoğan Chaos und Gewalt. Angriffsziele waren dabei vornehmlich seine politischen GegnerInnen. Er handelte in der Annahme, dass dieses Vorgehen nicht der AKP schaden, sondern vielmehr den Ruf nach einem starken Mann, der für Ruhe sorgen soll, lauter werden lassen würde. Denn die Menschen in der Türkei sehnen sich nach Frieden.

In diese Zeit fiel auch das Selbstmordattentat des „IS“² am 20. Juli 2015 in der türkischen Grenzstadt Suruç. Mehr als 30 AktivistInnen einer sozialistischen pro-kurdischen Jugendorganisation, die in der Stadt waren, um über Wiederaufbaupläne für die benachbarte syrische Grenzstadt Kobanê zu diskutieren, kamen dabei ums Leben. Eine „IS“-Zelle aus der südosttürkischen Provinz Adiya-

man konnte diesen Anschlag quasi unter den Augen der türkischen Polizei und der Geheimdienste vorbereiten und durchführen.

Die PKK tötete daraufhin zwei türkische Polizisten, denen sie Kooperation mit dem „IS“ vorwarf. Erst jetzt erklärte Erdoğan den Friedensprozess offiziell für beendet. Die PKK kündigte ebenfalls den Waffenstillstand auf.

Erdoğan gab der HDP die Schuld an den Toten von Suruç: Angeblich wäre das Attentat nicht passiert, wenn die AKP bei der Wahl mehr Stimmen erhalten hätte.

Ein faschistischer Mob griff Büros der HDP, Wohnungen ihrer Mitglieder und ihre die UnterstützerInnen an. Die Angriffe gingen jedoch nicht von Grauen Wölfen aus, sondern von einer Gruppe, die zuvor lediglich als ein Art Folkloretruppe in Erscheinung getreten war. Diese wurde von der AKP zu einer Straßenarmee umgebaut – zu Erdoğan's persönlichen „Grauen Wölfen“.

Auch in Nordkurdistan setzt die türkische Armee seitdem schwere Waffen und Scharfschützen ein. Ziel dieser Angriffe sind nicht AktivistInnen, sondern ZivilistInnen. Auch Kinder und alte Menschen werden von Scharfschützen erschossen. Gegen die Bevölkerung werden Ausgangssperren verhängt.

Auf Fotos, die während des Referats an die Wand geworfen wurden, waren aufgetürmte Sandsäcke in den Straßen zu sehen. Die Bilder stammten nicht aus Syrien, sondern aus dem Osten der Türkei. ■

Fortsetzung folgt.

Fußnoten

¹ Der bundesweit tätige Verein NAV-DEM ist Ergebnis der Neuorganisation der Arbeit des Dachverbandes kurdischer Vereine und Institutionen. Er löst die Föderation der Kurdischen Vereine in Deutschland – YEK-KOM e.V. – ab. Der NAV-DEM e. V. soll die Zusammenarbeit von Frauen, Jugendlichen, verschiedenen kurdischen Religionsgemeinschaften und der insgesamt 260 Vereine und Einrichtungen koordinieren. Die primäre Entscheidungsbefugnis liegt dabei bei den Gesellschaftszentren auf der lokalen Ebene. Ziel der Neuorganisation ist die Organisation und Förderung der Demokratie an der Basis. Mehr Informationen unter www.navdem.com.

² IS steht für „Islamischer Staat“. Siehe hierzu auch den Artikel „Nennen wir es doch einfach Daesch!“ in Avanti O. Nr. 16.

Der Referent

Der Nick Brauns wurde 1971 in München geboren und lebt und arbeitet heute in Berlin.

Türkei/Kurdistan gehört zu seinen Schwerpunktthemen, und er unternimmt regelmäßig politische Studienreisen in den Nahen Osten.

Ein weiteres Spezialgebiet von Nick Brauns ist die Geschichte der ArbeiterInnenbewegung. So hat er in Neuer Geschichte über die Rote Hilfe Deutschlands promoviert.

Auf seiner Website findet Ihr neben Informationen zu seiner Person auch

Fotoreportagen und zahlreiche Texte unter anderem über den Nahen Osten.

Es lohnt sich, diese Website anzuschauen, wenn Ihr mehr Informationen zum Beispiel über die Situation in der Türkei vor und nach den letzten

Wahlen, über die Verteidigung der kurdischen Stadt Kobanê (Rojava, Syrien) gegen den so genannten IS und über die Lebensbedingungen in Kurdistan haben möchtet:

www.nikolaus-brauns.de



Bundesweite Demonstration „No Pasaran – Nein zum Krieg“, Köln, 08.08.2015

Foto: Avanti O.

www.rsb4-oberhausen.de

Der RSB Oberhausen hat wieder eine Website

Endlich geschafft: Seit dem 13. Januar 2016 ist der RSB Oberhausen wieder online!

Auf www.rsb4-oberhausen.de findet Ihr nun Informationen rund um unsere örtlichen Aktivitäten und über Themen und Ereignisse, mit denen wir uns hier auseinandersetzen.

Auf www.rsb4-oberhausen.de stehen unter anderem alle Artikel, die in der *Avanti O.*, der Oberhausener Beilage zur Zeitschrift *Avan-*

ti, erschienen sind.

Im Download-Bereich könnt Ihr sämtliche Ausgaben der *Avanti O.* im PDF-Format herunterladen, und Ihr findet hier einige Flugblätter des RSB Oberhausen. Im Laufe der Zeit werden wir weitere Materialien, wie zum Beispiel Broschüren, zum Download zur Verfügung stellen.

Die Online-Präsenz des RSB Oberhausen ist ein ergänzendes Angebot zur zentralen Website unserer Organisation, zu www.rsb4.de.

Wir möchten Euch, politisch und gewerkschaftlich Interessierten und Engagierten aus Oberhausen und Umgebung, unsere Gruppe und unsere Arbeit vorstellen und Euch zur Mitarbeit bzw. zur Zusammenarbeit einladen.

Wir veröffentlichen auf unserer Website auch aktuelle Informationen und Termine. Schaut also immer mal wieder vorbei. Und vor allem: Nehmt Kontakt mit uns auf, wenn Ihr Euch angesprochen fühlt.

Wir sind auch an Eurer Meinung, an Anregungen und an konstruktiver Kritik interessiert. Ihr könnt uns mailen, schreiben oder anrufen:

RSB Oberhausen
Postfach 10 01 25
D-46001 Oberhausen

Telefon: +49(0)208-768 422 46
Email: info@rsb4-oberhausen.de
Web: www.rsb4-oberhausen.de

10. Januar 2016, Berlin

Luxemburg-Liebknecht-Demonstration zur Gedenkstätte der SozialistInnen in Friedrichsfelde



Der Demonstrationzug am 10.01.2016 in Berlin

Foto: Avanti O.



Der RSB Oberhausen auf der LL-Demo am 10.01.2016 in Berlin

Foto: Avanti O.

Traditionell findet in Berlin jedes Jahr am zweiten Januar-Wochenende eine Demonstration zum Gedenken an Rosa Luxemburg und Karl Liebkecht statt, an der sich Linke verschiedener Strömungen beteiligen. Die TeilnehmerInnen erinnern bei dieser Gelegenheit an die Ermordung der GründerInnen der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) durch Freikorps am 15. Januar 1919. Der politische Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebkecht geschah mit der Billigung führender Sozialdemokraten wie Gustav Noske und Friedrich Ebert.

Auch der RSB Oberhausen hat den Aufruf* zur diesjährigen Luxemburg-Liebkecht-Demonstration unterstützt und sich an der Demo betei-

ligt, die vom Frankfurter Tor zur Gedenkstätte der SozialistInnen in Berlin-Friedrichsfelde zog.

In ihrem Rückblick schreiben die OrganisatorInnen, dass mehr als 14.000 Menschen an der Demonstration am 10. Januar 2016 teilnahmen, die aus allen Teilen der Bundesrepublik, aber auch unter anderem aus Dänemark, Griechenland, Niederlande, Österreich und Schweden kamen. ■

* Siehe: www.ll-demo.de/2016/aufruf/text.htm

Zur Erinnerung an Peter Langos

(25.01.1942 – 14.12.2015)

P.S.

Erst gut zwei Monate ist es her, dass Peter und Uschi Langos uns zuletzt in Oberhausen besucht haben. Wir erfuhren bei der Gelegenheit, dass Peter kurz zuvor für sein langjähriges Engagement für die Rechte von Erwerbslosen die Ehrennadel des Landes Baden-Württemberg erhalten hatte, und wir freuten uns darüber. Seine MitstreiterInnen vom Verein Arbeiterbildung Reutlingen hatten ihn für die Auszeichnung vorgeschlagen.

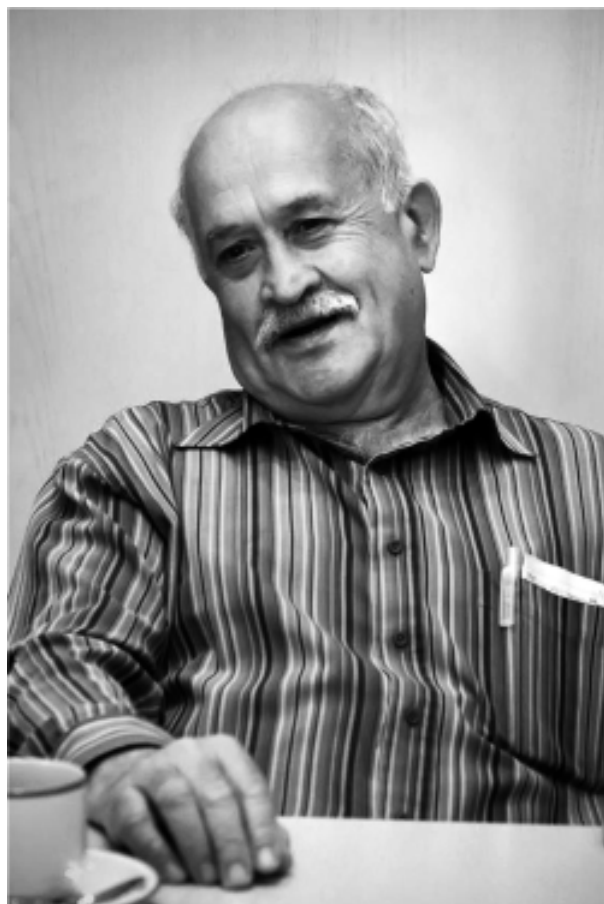
Kurz darauf, am 28. November 2015, trafen wir uns noch einmal in Mannheim beim Seminar zu Arbeitszeitverkürzung des RSB Rhein-Neckar. Es schien, als hätten wir noch so viel Zeit: Zeit, um uns auszutauschen, mit- und voneinander zu lernen und Pläne für die Zukunft zu schmieden.

Mitte Dezember erreichte uns dann die Nachricht von Peters plötzlichem Tod.

Unser Genosse Peter war ein kluger, bescheidener Mensch, der sich so leicht nichts vormachen und der sich nicht verbiegen ließ. Er war ein lebender Beweis dafür, dass es möglich ist, sich ein Leben lang auch unter schwierigen Umständen nicht unterkriegen zu lassen, aufrecht zu gehen und unermüdlich gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Unrecht zu kämpfen. Mit seiner Energie, seinem verschmitzten Humor und seiner Zuversicht riss er uns mit und machte uns mit seinem Beispiel Mut.

Er und seine Frau Uschi waren dabei ein eingespieltes Team. Sie gaben sich gegenseitig Halt und meisterten über mehrere Jahrzehnte hinweg gemeinsam die Schwierigkeiten, die sich ihnen in den Weg stellten.

Wir werden Peter nicht vergessen, und er wird für uns ein Vorbild bleiben. Unser Mitgefühl gilt seiner Frau und unserer Genossin Uschi. ■



Peter Langos

Foto: Arbeiterbildung Reutlingen e.V., www.arbi-rt.de

RSB/IV. Internationale

Wer wir sind und was wir wollen

Der *Revolutionär Sozialistische Bund* (RSB) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert der RSB alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und

wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Er unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Er setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Er fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel des RSB ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt seiner Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

Impressum:

RSB Oberhausen
Postfach 10 01 25
D-46001 Oberhausen

Kontakt:

Fon: +49 (0) 208 / 768 422 46
Email: info@rsb4-oberhausen.de
Web: www.rsb4-oberhausen.de

Vi.S.d.P.: RSB, 68026 Mannheim



TERMINE (weitere Infos beim RSB Oberhausen)

- Mittwoch, 27.01.16, 19:00 Uhr, Aktionskreis gegen Unternehmerwillkür (AKUWILL), Gewerkschaftshaus, Oberhausen
- Samstag, 13.02.16, Demo gegen die NATO „Sicherheits“-Konferenz, 13:00 Uhr, Stachus, München

VORSCHAU

- Freitag, 04.03.16, 18:00 Uhr, Solikonzert Refugees Welcome, im Druckfluthaus in Oberhausen. Die gesamten Einnahmen sind zugunsten der Flüchtlingsinitiativen in Oberhausen. Kartenvorverkauf im Linken Zentrum